Dienstag, 15. September 1925 · 73. Jahrgang Nr. 436

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 80 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2.15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Kürzung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 60 Pfennig; für kleine Anzeigen (das Wort 20 Pfennig). Das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Hauptexpedition: SW., Jerusalemer Str. 46–49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3455; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4210. — Rudolf Mosse-Coda. — Postscheckkonto: Nr. 2311. Rudolf Mosse, Berlin SW. 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67–68, Wiener Strasse 1–4, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 352, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 137, Kochstrasse 8, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Str. 79.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"
BERLIN METER, WENIG WIND

Fernstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56–57, Rosenthaler Str. 46, Hannover Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 83, Leipziger Str. 105, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharnhorstr. 20, Nürnberger Str. 38–39, Kaiserdamm 20, Friedenau: Rheinstr. 19, Halensee-Grunewald: Hauptstr. 11, Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1–3, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 40–44, Kaiser-Friedrich-Str. 247–48, Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 8, Schöneberg: Hauptstr. 23–24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel: Berliner Str. 12, Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krullstr. 7; Weissensee: Streustr. 126, Wilmersdorf: Uhlandstr. 38, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 31–32, Oppeln: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 48; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 35, Spandau: Breite Str. 47, Stettin: Mönchenstr. 31

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der Sachsenkonflikt vor dem Parteitag

Scharfe Anklagen von beiden Seiten – Vorwürfe gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand

In der gestrigen Vormittagssitzung des sozialdemokratischen Parteitags berichtete über die Bildungsarbeit der Partei der Staatssekretär Heinrich Schulz. Die sozialistische Kulturarbeit umfasse jetzt alle Angehörigen der Arbeiterklasse von der Fürsorge für das Kleinkind bis zur wissenschaftlichen Fortbildung der Erwachsenen. Besonders bewährt hätten sich die Ferienfahrten. Die sozialdemokratischen Lehrerorganisationen haben eine gesunde Entwicklung durchgemacht, seitdem die in den Novembertagen zum Teil hinzugewehte Spreu sich wieder von dem Weizen gesondert habe. Die Kinderfreundebewegung wolle keineswegs aus den Kindern kleine Sozialdemokraten machen, sondern ihnen ihre Kindlichkeit lassen. Neben dem Zusammenschluß der sozialistischen Studenten sei auf den diesjährigen Parteitag auch der Zusammenschluß der älteren sozialistischen Akademiker zustandegekommen. **Das Ziel sei die Schaffung eines großen sozialistischen Kulturbundes.** Eine neue Tochter der Allmutter Sozialismus werde allmählich mündig. In der politischen und wirtschaftlichen Bewegung trete jetzt auch die kulturelle Bewegung des Sozialismus. (Beifall.)

Als Berichterstatterin über die sozialdemokratische Frauenbewegung erklärte die Abg. Frau Juchacz, trotz der geringen Steigerung der Zahl der weiblichen Mitglieder sei die Zahl der weiblichen im Verhältnis zu der der männlichen Mitglieder höchst unbefriedigend. Notwendig sei die Heranbildung eines weiblichen Führertums in der Partei.

In der Nachmittagssitzung erhielt zunächst zum

Sachsenkonflikt

je ein Vertreter der streitenden sächsischen Richtungen mit verlängerter Redezeit das Wort. Vorher wurde die sogenannte Sachsenkommission aus dreizehn nichtsächsischen Delegierten gebildet. Aus der Versammlung kommen Rufe: O weh, die Unglückszahl 13!

Die Rechte klagt an

Für die 23 Mitglieder der Mehrheit der sächsischen Landtagsfraktion sprach Landtagsabgeordneter Bethke (Dresden). Er führte aus: Wir freuen uns, daß wir hier endlich einmal die gegen uns erhobenen Beschuldigungen zurückweisen können. In den Parteiversammlungen und in der Parteipresse ist uns dieses Recht schon seit mehr als einem Jahre genommen worden. (Hört! hört!) Selbst preßgesetzliche Berichtigungen sind von der sächsischen Parteipresse nicht aufgenommen worden. (Hört! hört!) So konnten wir nicht antworten, wenn man uns beschuldigte, wir hätten uns dem Bürgertum für Mandate verkauft. Für uns handelt es sich nicht um das Mandat. **Der Streit geht hier um Staatsbejahung oder Staatsverneinung.** (Beifall und Widerspruch.) **Wir Schöpfer der Republik wollen diese Republik nicht denen überantworten, die gegen die Republik sind und sie vernichten wollten.** In Sachsen ist das noch wichtiger als anderswo. Denn in Sachsen haben die Arbeiterparteien die Mehrheit. Die früheren Unabhängigen waren gegen jede Koalition mit bürgerlichen Parteien. Es zeigte sich aber bald, daß die von ihnen gewünschte Koalition mit den Kommunisten ganz unmöglich war, daß die Kommunisten in der Regierung nur die Republik und uns zerschlagen wollten. Als die sächsische Landtagsfraktion eine Koalition mit den Demokraten vorzog, da trat das in der Parteigeschichte Unerhörte ein, daß in dieser wichtigsten Frage die Parteileitung und die Fraktion ausgeschaltet und die Entscheidung einer Siebener-Kommission übertragen wurde. Diese Siebener-Kommission traf hinter unserem Rücken geheime Abmachungen mit den Kommunisten. Es sollten Hundertschaften gebildet werden. Das Endergebnis war das Ministerium Zeigner. Zeigner ist politisch tot und wird es bleiben. Dieser wankelmütige, zu keinem Entschluß kommende Pathologe mußte natürlich eine Situation heraufbeschwören, aus der es keinen vernünftigen Ausweg geb. Heute steht es fest, daß die Kommunisten ihre Beteiligung an der sächsischen Regierung nur bemühen wollten, um den Generalstreik in ganz Deutschland von Sachsen aus zu entfesseln. Als die Reichsregierung das Ultimatum stellte, die kommunistischen Minister zu entfernen, da wollte Zeigner nachgeben. Aber die Fleißner, Liebmann, Arzt usw. ließen es nicht zu. So war der Vorwand für den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen und für die sächsische Diktatur Heinze geschaffen. Der in Ehrenruß proklamierte sächsische Generalstreik brach kläglich zusammen. Es beteiligten sich kaum 10 Prozent der Arbeiter daran. Mit der Diktatur Heinze wären alle früheren Errungenschaften zerschlagen worden, wenn es uns nicht gelungen wäre, durch die Koalition mit den Demokraten unter stillschweigender Duldung der Deutschen Volkspartei das Kabinett Fehlisch zustande zu bringen. Diese Koalition wurde durch Liebmann und andere Radikale so gefährdet, daß wir vor der Gefahr einer Landtagsauflösung standen und vor Neuwahlen, die uns in jener Situation eine furchtbare Niederlage eingebracht hätten. In dieser Lage zogen wir vor, die große Koalition einzugehen.

Seitdem ist eine furchtbare Hetze in der Partei gegen uns getrieben worden, deren Haupttreiber Lipinski war.

Der Erfolg Hindenburgs bei der Reichspräsidentenwahl in Sachsen ist die Frucht der koalitionsfeindlichen Taktik der sächsischen Parteiinstanzen. Ueberall wurde gegen die Wahl von Marx agitiert. Fleißner schrieb gegen die Kandidatur Marx einen Artikel, den die Deutschnationalen ohne Kommentar als Wahlflugblatt für Hindenburg verbreitet haben.

Bei der Reichspräsidentenwahl wurde von den sozialdemokratischen Bezirksvorständen in Sachsen verboten, für die Kandidatur Marx Versammlungen zu veranstalten. (Hört, hört!) So konnte im roten Sachsen Hindenburg eine Mehrheit von 70 000 Stimmen erreichen. (Hört, hört!) Hier handelt es sich um einen Kampf nicht nur gegen uns, sondern gegen den Parteivorstand und gegen die ganze Parteipolitik. (Widerspruch und lebhafte Zustimmung.) Wenn wir zuletzt in einem einzigen Falle der Weisung des Parteivorstandes nicht folgen konnten, so lag das an der Haltung der sächsischen Fraktionsminderheit, die vorzeitig den Antrag auf Landtagsauflösung stellte und uns zumutete, ganz ohne Grund dieses mitzumachen und **ein Mißtrauensvotum gegen den demokratischen Finanzminister anzunehmen, der in der Staatswirtschaft geradezu mustergültig und in sozialistischem Geiste gearbeitet hat.** Wenn wir das, was wir durch unsere Politik dem Sozialismus in Sachsen erhalten haben, vergleichen mit den Zuständen in Thüringen, wo alle sozialistischen Errungenschaften zerschlagen worden sind, dann haben wir das Bewußtsein, daß wir für die Partei und für die Arbeiterschaft erfolgreich gearbeitet haben. Dann glauben wir auch nicht, daß uns der Parteitag die Weiterarbeit für die Partei unmöglich machen wird. (Beifall bei der Mehrheit.)

Die Linke verteidigt sich.

Als dann der Sprecher der sächsischen Linken, Abg. Lipinski, die Rednerbühne betritt, wird er von der Linken mit Handeklatschen begrüßt. Er weist zunächst die in einer Broschüre der Fraktionsmehrheit enthaltene Unterstellung zurück, daß für seine Gegnerschaft gegen die Fraktionsmehrheit der Wunsch bestimmend gewesen sei, selbst Innenminister zu werden. Lipinski wendet sich weiter gegen den Begrüßungsartikel des „Vorwärts", in dem der Sachsenkonflikt als eine „partikularistische Krähwinkelei" bezeichnet wird. Tatsächlich handelt es sich dabei um ein politisches und organisatorisches Problem der Gesamtpartei. Der Vorwurf der Staatsverneinung könne in Sachsen keineswegs den früheren Unabhängigen gemacht werden. Lipinski weist darauf hin, daß er selbst als Unabhängiger in sein erstes Kabinett nach der Revolution neben drei Unabhängigen drei Mehrheitssozialisten aufnahm.

Nun werde ich als **Haupttreiber gegen die Koalition** angesehen. Ich habe mir durch meine Personalpolitik den Zorn der reaktionären Parteien, vor allem der Deutschen Volkspartei, zugezogen. Die Deutsche Volkspartei hat in der großen Koalition die Bedingung gestellt, daß der von mir angestellte Personalreferent abgeboten werden, ebenso wie diese andere führende sozialdemokratische Beamten. Die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit hat sich dieser Bedingung gefügt. Um das zu rechtfertigen, hat sie sich nicht gescheut, in einer von Unwahrheiten strotzenden Broschüre die abgebauten sozialdemokratischen Beamten der Unfähigkeit zu bezichtigen und so den Gegnern ein willkommenes Agitationsmittel gegen die Sozialdemokratie zu liefern. (Rufe rechts: Das habt ihr ja provoziert!) Diese Broschüre ist von den Deutschnationalen in großer Auflage verbreitet und an alle Gewerkschaften verschickt worden. Abg. Lipinski geht dann auf die einzelnen Phasen der Einigungsverhandlungen ein und versucht den Nachweis, daß im Gegensatz zu Bethkes Darstellung die sächsische Parteiorganisation die unter Heilmanns Vermittlung eingegangenen Vereinbarungen nicht erfüllt habe, und daß die Einigung an der Haltung der Fraktionsmehrheit gescheitert sei. Wenn Ministerpräsident Heldt als Reichstagskandidat nicht aufgestellt wurde, so sei das erklärlich, denn der Widerwille gegen Heldt sei so groß, daß er schon bei der vorher gehenen Wahl an die 17. Stelle der Kandidatenliste gesetzt wurde.

Der Parteivorstand habe die Einigungsverhandlungen dadurch gestört, daß er den Mitgliedern der Fraktionsmehrheit riet, nicht freiwillig auf eine Kandidatur zu verzichten. Auch das sei leider ohne Wissen der zuständigen sächsischen Landesorganisation geschehen.

Der Parteivorstand habe auch bei seinen weiteren Schlichtungsversuchen Wege beschritten, die mit dem Organisationsstatut nicht vereinbar waren. Die jetzt von der großen Koalition geänderte Gemeindeordnung habe das Einkammersystem durchgeführt und die Macht der Bureaukratie vermindert. Dagegen lief die Deutsche Volkspartei Sturm, vor allem ihr Führer, der Dresdner Bürgermeister Blüher. Nach seinem Diktat wurde von der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit die Novelle durchgepeitscht und angenommen, eine Novelle, durch die die Selbstverwaltung eingeschränkt, das bureaukratische Element gestärkt und eine Autokratie geschaffen wird. **In diesem Falle hat sogar der Parteivorstand erklärt, daß die Fraktionsmehrheit gegen Treu und Glauben gehandelt habe.** (Hört, hört!) Die Bezirksorganisation sei bereit gewesen, die Ausschlußanträge gegen die Mitglieder der Fraktionsmehrheit zurückzunehmen, wenn die gesamte Fraktion die Landtagsauflösung beantragen würde. Auch dieses Einigungsvorschlag habe die Fraktionsmehrheit abgelehnt.

Das Resultat der Politik der Fraktionsmehrheit sei der Abbau vieler sozialdemokratischer Beamten, die Zerschlagung des Innenministeriums, eine antirepublikanische Justiz und das Hineintragen des Streits in die Parteiorganisation.

Vorsitzender Wels erklärt, damit sei zunächst die Aussprache über den Sachsenkonflikt abgeschlossen und in die Sachsenkommission verlegt. Im übrigen müsse er feststellen, daß der Parteivorstand bei allen Handlungen in dieser Frage, auch bei seinen Ratschlägen an die Fraktionsmehrheit, im Sinne der Parteitagsmehrheit, besonders der Mehrheit des Berliner Parteitages, gehandelt habe.

Die Sachsenkommission und die erweiterte Programmkommission nehmen sofort ihre Arbeiten auf.

Um 6 Uhr vertagte sich der Parteitag auf Dienstag, 9 Uhr. Es beginnt dann die allgemeine Aussprache über den Geschäftsbericht.

Schnelldienst

Auf Initiative der verschiedenen nationalen Minderheitsgruppen findet in Genf am 14., 15. und 16. Oktober eine Tagung der Vertreter aller organisierten nationalen Gruppen in den europäischen Staaten statt.

Der amerikanische Marinesekretär Wilbur hat einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der sich mit den Ursachen der Fertigstellung der „Shenandoah" beschäftigen soll.

Die jetzt geschlossene Wiener Herbstmesse wies im allgemeinen einen günstigen Erfolg auf. Der Besuch des Auslandes war auf keiner Wiener Messe so stark, wie diesmal.

Wegen der am 29. Oktober stattfindenden kanadischen Neuwahlen hat MacDonald seine Reise nach Kanada aufgegeben.

Das dänische Handelsministerium hat nunmehr nach gründlicher Prüfung der Unterlagen an den Ingenieur Cathrein endgültig die Konzession zum Bau und Betrieb einer Zahnradbahn auf den Ostgipfel der Zugspitze erteilt.

Ein Attentat auf Seeckt

Aus den Blütetagen der Fememörder

Der nachstehende Artikel, der von einem genauen Kenner des völkischen Mordsumpfes stammt, erscheint gleichzeitig in der „Weltbühne" und in der „Berliner Volkszeitung". Es darf erwartet werden, daß die Strafverfolgungsbehörden sich nunmehr energischer als bisher der Aufspürung der noch nicht verhafteten Geheimbündler widmen werden, deren Verbrechen durch keine Amnestie vor Verfolgung geschützt ist.

Die Redaktion.

Im Anschluß an den Küstriner Putsch vom 1. Oktober 1923 bereiteten ehemalige Angehrige der Schwarzen Reichswehr ein Attentat auf den General Seeckt vor, das jedoch nicht zur Ausführung gekommen ist. Trotzdem verdient es, der Oeffentlichkeit bekanntgemacht zu werden. Nur selten spiegelt sich die Mordlust und das abenteuerliche Banditentum der vaterländischen Verbände so bezeichnend wider, wie in dem Anschlag auf den deutschnationalen General.

*

Mit dem Zusammenbruch des Küstriner Putsches löste die Schwarze Reichswehr sich auf. Die nicht strafrechtlich verfolgten Mannschaften kehrten entweder nach Hause zurück, oder wurden mit Fahrkarten 4. Klasse nach Parchim in Mecklenburg zu einem Oberleutnant a. D. v. Bargen geschickt, der sie auf Gütern unterbrachte. Die ausgestellten Entlassungsscheine lauteten beispielsweise:

Ausweis

Standortkommando Spandau — Ruhleben 5. Oktober 1923

Der ..... ist in der Zeit vom 1. 3. 23 bis 5. 10. 23 beim Wehrkreiskommando III als Zivilarbeiter beschäftigt gewesen.

Standortältester.
Spandau
(Stempel)

gez. Wilt
Oberleutnant und Kommandoführer

Eine ganze Reihe Leute der Schwarzen Reichswehr erhielt diesen Ausweis nicht, weil sie beim Küstriner Zusammenbruch geflohen waren, oder weil sie steckbrieflich wegen Mordes gesucht wurden. Von der zweiten Gattung sind die Verschwörer gegen Seeckt. Es handelt sich um: Leutnant a. D. Damm, Schwarze Reichswehr Frankfurt an der Oder; Oberfährrich Glaser, Schwarze Reichswehr Frankfurt an der Oder; die Feldwebel Büsching, Klaproth und Fahlbusch, Schwarze Reichswehr Döberitz und S.R.-Kommando. Sie alle waren Mitglieder der unter Oberleutnant Schulz tätigen Feme. Die Beweggründe für einen derartig sinnlosen Mordanschlag? Offenschtlich: Rache.

Sie gaben General v. Seeckt die Schuld am Zusammenbruch in Küstrin, haßten ihn, weil er die Bewegung, die sie vor der strafenden Gerechtigkeit schützte, zerschlagen hatte, und wollten sich an dem „Judenknecht" rächen. Dazu kam, daß sie in einem geordneten Deutschland keine Aussicht auf eine Zukunft hatten und als wahnsinnig-gewissenlose Naturen mit besonderer Vorliebe „Alles auf eine Karte" setzten. Diesen Mördern schlossen sich zunächst zwei Offiziere der ehemaligen Schwarzen Reichswehr an, von denen der eine, Oberleutnant a. D. Fuhrmann, als harmlos aus der Haft entlassen war. Der andere, Oberleutnant Graffunder, hatte als Intimus des Schulz die besten Beziehungen zu den Hintermännern der Schwarzen Reichswehr. Beide übernahmen als langjährige O.C.-Mitglieder die Leitung des Unternehmens. Mit ihnen trat der Oberleutnant Oppermann, der Verbindungsoffizier der Schwarzen Reichswehr zum Landbund, den Verschwörern bei.

Um das Attentat für die Umsturzidee der Verbände nutzbar zu machen, wurden die Verbandsleiter der Brigade Ehrhardt Major Günther, der S.R.-Abteilung Fort Havelberg Hauptmann Kampf und der Arbeitskommandos in Mecklenburg Oberleutnant v. Senden von dem Plan unterrichtet. Diese Formationen — insgesamt 5000 Mann — sollten am Tage der Ermordung einen Handstreich gegen Berlin machen. Enge Beziehungen waren auch nach München aufgenommen worden, wo ja doch der Professor Friedemann, alias Ehrhardt, der Major Kautter und andere völkische Führer von militärischer und politischer Bedeutung wohnten.

Oberleutnant Schulz hielt sich von dem Unternehmen persönlich fern. Zwar kannte er Ursache und Zweck,